



Unterricht in Präsenz und offene Kitas – gut, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben wären

Die Schulminister*innen der Länder haben am 5.1.2022 beschlossen, Unterricht auch im neuen Jahr möglichst als Präsenzunterricht stattfinden zu lassen. Neu ist in diesem Jahr, dass die bereits bestehende Testpflicht »zunächst« auch auf geimpfte und genesene Schüler*innen und Lehrer*innen ausgedehnt wird, schreibt Staatssekretär Richter in einer Schulmail vom 06.01.2022.

Die GEW begrüßt diese Entscheidung, weil Präsenzunterricht für die Entwicklung der Schüler*innen immer besser ist als jeder noch so gute Distanzunterricht. Allerdings müssen für die sichere Durchführung des Unterrichts auch die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden: Eine zuverlässige Versorgung der Schulen mit Masken, sicheren Tests, Co-2-Ampeln sowie endlich die Installation von Luftfiltern, um gerade im Winter nicht bei offenen Fenstern unterrichten zu müssen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Länder kaum Geld für Luftfilter abgerufen haben. Aus dem 200-Millionen-Euro-Förderprogramm des Bundes zur Beschaffung von Raum-Luftfiltern für Schulen und Kitas sind bislang erst 3,7 Millionen Euro an die Bundesländer ausgezahlt worden. Die „Hinhalte-Politik“ des Gebäudemanagements, der OB und der verantwortlichen Politiker*innen im Rat der Stadt Bonn in Bezug auf die Anschaffung von Luftfiltern rächt sich jetzt immer mehr. Im Sommer werden sicherlich die ersten Luftfilteranlagen in den Kitas- und Schulen eingebaut.

Grundsätzlich ist es auch zu begrüßen, dass Kinder- und Familienminister Joachim Stamp (FDP) den Kita-Regelbetrieb aufrechterhalten will. Allerdings machen die explodierenden Omikron-Infektionszahlen den Kitas immer größere Probleme. Neben den Pannen beim Testverfahren in den ersten Wochen des neuen Jahres fällt immer mehr Personal aus, so dass ein Kita-Regelbetrieb in vielen Einrichtungen nicht mehr möglich ist.

Nun müssen wir am Anfang des Jahres erneut darüber diskutieren, ob die verantwortlichen Politiker*innen wirklich alles getan haben, um einen sicheren Kita- und Schulbetrieb zu gewährleisten. Zudem fehlt sowohl für den Schul- als auch Kitabetrieb ein Plan B wie man Verfahren soll, wenn immer mehr systemrelevantes Personal ausfällt.

Tarifabschluss 2021: 2,8% mehr, aber erst ab Dezember

Das Ergebnis des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst wird von der GEW als ernüchternd bewertet: Ab 1.12.2022 gibt es 2,8% mehr bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten. Die Tarifrunde war von Anfang an von einer Blockadehaltung der Arbeitgeber geprägt, die jegliche Anerkennung für die geleisteten Dienste der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vermissen ließen. Unsere Forderungen zur stufengleichen Höhergruppierung und Paralleltabelle, die eine Verbesserung der Bezahlung für Tarifbeschäftigte bedeutet hätte, haben die Arbeitgeber rundheraus abgelehnt. Die Vereinbarung ist inzwischen auf Beamt*innen übertragen worden.

Außerdem soll bis März 2022 eine einmalige, steuer- und abgabenfreie Corona-Prämie in Höhe von maximal 1.300€ ausgezahlt werden.

Nach den Ergebnissen dieser Tarifrunde müssen wir uns als GEW NRW die Frage stellen, wie unser zukünftiges Vorgehen bei Tarifrunden aussehen soll. Für die Tarifrunde 2023 müssen wir uns noch besser vorbereiten und unsere Mobilisierungsfähigkeit erhöhen.

**Wozu haben Sie aktuell noch Fragen? Wie können wir Ihnen helfen?
Wenden Sie sich an Ihre GEW Vertrauensleute!**

Leitungsteam der
GEW-Bonn:

Rolf Haßelkus
rolf.hasselkus@
gew-nrw.de

Imogen Wagner
imogen-wagner@
gmx.de

Silke Brusic
silke.brusic@
pro-lumen.com

Stefan Raffelsieper
stefan.raffelsieper@
online.de

GEW-Büro:
Horst Lütcke
gew-bonn@
t-online.de
0228/653955

www.gew-nrw.de

